

# SPD SCHWETZINGEN GEMEINDERATSFRAKTION

ROBIN PITSCH, FRAKTIONSVORSITZENDER  
CLEMENTINE-BASSERMANN-STRASSE 8, 68723 SCHWETZINGEN



## HAUSHALT 2023

---

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Verzeihen Sie mir, wenn ich mir angesichts dieses Zahlenwerks das eine oder andere mit einer pointierten und mitunter gewagten Spitze in meiner Beurteilung kommentieren muss.

Zunächst mal Umfang: 2,3 Kilo, fast 1000 Seiten. „Stabil, Diggah“, würden da meine Schüler sagen – und wenn Sie das lesen müssten, würden sie mir den Vogel zeigen – und meine LehrerkollegInnen würden genauso reagieren (vielleicht nicht in der Sprache) und jeder andere, dem man das zeigt, eigentlich auch. Sogar Betriebswirtschaftler und Controller, die dieses Werk nur oberflächlich gesehen haben, fragen: „Was soll das?“ – zumal dieser Haushalt mit seiner Doppik und seiner Begrifflichkeit jede Kommune als mittelständisches Unternehmen bezeichnet. Aber wenn selbst die BWL-ler sagen, dass die Art und Weise der Aufstellung für eine Kommune völliger Quatsch ist, dann weiß eben auch ich nicht mehr weiter. Eine Stadt ist kein Unternehmen, sie verkauft keine „Produkte“, sie macht keinen Gewinn – was hier in unserer Gesellschaft passiert, ist die Umsetzung eines Bürokrat-Kapitalismus: alles wird irgendwie quantifiziert, alles erhoben, alles in Geld umgerechnet, das man nicht hat, und am Ende noch ne satte Portion Sonderregelungen und Bürokratie oben drauf und fertig ist ein städtischer Haushalt, den die ehrenamtlichen Gemeinderäte,

die das in ihrer Freizeit machen, und auch selbst die Mitarbeiter in den Rathäusern doch gar nicht mehr verstehen.

Ich bin froh und glaube, dass in unserer Schwetzingen Kämmerei genau gewusst wird, wie es geht und um was es geht und ich unterstelle der Stadtspitze jetzt auch mal, dass auch die beiden das Wissen – aber eben nur dann, wenn man damit regelmäßig arbeitet und es nicht nur einmal im Jahr zum Beschluss vorgelegt bekommt und nur eine Woche zum Durcharbeiten hat, weil es dann schon im Ausschuss behandelt wird.

Ich dachte eigentlich, dass man sich diese Doppik mit ein paar Jahren aneignen kann, dass es irgendwann ganz normal wird, den Haushalt zu lesen. Ich sage hier ganz offen: es wird nicht normal, es wird nicht besser, es ist jedes Jahr eine Herausforderung, von der aber am Ende nicht klar ist, ob man sie bewältigt hat.

Die ganze Art und Weise, wie dieser Haushalt aussieht, die Begrifflichkeit, die Abbildung in den Teilhaushalten, die unzureichende Vorbereitungszeit von einer Woche nach Erhalt bis zur Beratung im VWA, die nicht ganz klar einsehbaren Gelder und für was genau diese eingestellt sind, dieses Jonglieren mit Zahlen, nur um letztlich zum Schluss zu kommen, dass gefühlt 95% der Haushaltsmasse ohnehin im Vorfeld für das laufende Geschäft erhalten muss.

Oder radikaler gesagt: wenn die demokratischen Kontrollinstanzen aufgrund von Zeit- oder Übersichtsmangel nicht mehr in der Qualität kontrollieren können, ~~was~~<sup>wie</sup> sie kontrollieren sollten – also die Gemeinderäte die Stadtverwaltungen – dann ist das schlicht Demokratiezersetzung.

Demokratiezersetzung, die von oben von Stuttgart aus betrieben wird und das Schlimme – was wir im Übrigen in nahezu allen Ministerien sehen – es ist völlig egal, wer da an der Regierung ist: die Einführung des kommunalen doppischen Haushaltes wurde vorbereitet unter Schwarz, eingeführt unter Rot, fortgeführt und durchgedrückt von Grün und Schwarz und seit jeher toleriert und befeuert von Gelb. Erarbeitet alles von Landesbürokraten von Ministerialdirektoren, -dirigenten und

referenten, von einem behäbigen Staatsapparat, der vor allem nur sich selbst sieht.

Dazu kommt, dass bei unserem Haushalt ein Großteil der Ausgaben im Vorfeld durch Verordnungen und Zuständigkeiten vorverplant ist. Oft übrigens von Themen, die eigentlich Landesthemen sind und bei denen das Land die Kommunen systematisch alleine lässt:

- Thema Kinderbetreuung: da wird schnell ein Recht auf Kinderbetreuung eingeführt in einer Zeit des Fachkräftemangels und einer mauen Bezahlung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Die Kommunen müssen es ausbaden. Und selbst wenn die Kommunen die direkten Personalkosten der Kinderbetreuung erstattet bekommen, die Bindung des städtischen Personals (um die fehlende Koordination aufzufangen) kostet a) Geld und b) verhindert kommunale Projekte: Arbeit bleibt liegen. – Landtagsabgeordneter Andre Baumann sagt es heute sogar in der Presse: Mit dem Zuschuss von 1 Milliarde Euro an die Kommunen kauft sich das Land quasi raus aus dem Thema frühkindliche Bildung – bei völligem Bewusstsein, dass diese Kosten nur anteilig sind und die wahren Kosten der Kommunen niemals decken werden und das, obwohl auch frühkindliche Bildung Ländersache ist, wie das Kultusministerium immer betont. Und das auf konzeptioneller Ebene die Kommunen ohnehin allein auf weiter Flur sind – außer Regeln, Vorgaben und Vorschriften des Landes, die immer schwerer sind umzusetzen – das steht mittlerweile außer Frage.
- Thema Bildung – für die großen Kinder: gleiches in Grün (wie man als Sprichwort sagt): Der Trend hin zu einer ganztägigen Betreuung (von „Bildung“ statt „Betreuung“ will ich gar nicht reden), ist bisher nicht im Ansatz aufgegriffen worden oder wurde vom Kultusministerium mit entsprechendem finanziellem Einsatz gewürdigt. Jede Kommune rackert sich auch im Grundschul-Ganztagsbetreuungsbereich alleine ab und versucht mit Kernzeit, Hort oder anderen Konstrukten, eine irgendwie geartete Mittagsbetreuung hinzukriegen. Mit Bildung hat das nichts zu tun. Gleichzeitig gibt es immer noch kein an die



aktuelle Situation rechtlich angepasstes – und vor allem realistisch machbares – Ganztageskonzept für Grundschulen im Schulgesetz, das in der Fläche für Kommunen umsetzungsfähig ist. Im Gegenteil: die Kommunen schießen immer noch zahlreiche Mittel selbst zu – was einfach nicht ihre Aufgabe ist.

- Überdies sind die Zuschüsse in diesem Feld (Schülersachkostenzuschuss, Zuschüsse für Gebäudesanierung oder Neubau), ~~stark~~ so niedrig, dass Kommunen als Schulträger viel zu oft einen nötigen „großen Wurf“ in Sachen Bildung verschieben oder eben nicht machen, weil es finanziell nicht geht, weil eine auskömmliche finanzielle Förderung seitens des Landes fehlt. Auf der anderen Seite lohnen sich für Privatschulinvestoren die Bauzuschüsse immer mehr. In Teilen bekommen die privaten Schulträger bei den Baukosten mehr vom Staat als die eigenen Städte, bei denen die Schullast immer höher steigt, je höher der Anspruch der Landespolitik wächst und je weniger sich die Regierung an der Umsetzung vor Ort interessiert ist.
- Thema Geflüchtete, Unterbringung und Integration: genau das Gleiche. Von oben kommen die Verordnungen und unten auf kommunaler Ebene rotieren die Rathäuser und Mitarbeiter, weil niemand weiß, wie es gehen soll. Und bei diesem Thema sind wir in Schwetzingen noch gut aufgestellt – wegen der Nutzung der Kasernen als Unterkunft bzw. ~~Einzelunterkunftslösungen. Das ist ein schöner Begriff, aber was anderes ist es dann.~~ muss die Stadt keine Menschen von sich aus unterbringen.
- Thema Bauen und Wohnen: hier sind Städte und Gemeinden auch am Tropf des Wohnungsmarktes, der völlig eskaliert. Das Pfaudlerareal zeigt: es wird auch hier in Schwetzingen kein wirkliches günstiges Wohnen geben. Punkt. Das wird es auch nicht geben, selbst wenn die Stadt mit ihrer Gesellschaft SWG als Akteur auftritt, der die Mietpreise vom Markt losgelöst steuern kann. Aber jede künstliche Dämpfung von Mieten

sind aus dem städtischen Topf, den ja alle Bürger über Steuern eingezahlt haben. Aber auch hier wird seitens des Landes geschlafen und das Thema soziale Bauförderung, die den Namen verdient, einfach verschlafen. Obwohl sich das Land auch das Thema „Bauen“<sup>+ Wohnen<sup>u</sup></sup> auf die Fahne geschrieben hat, kommt hier nichts Brauchbares rum.

- Dann kommt die Umsatzsteuer, ab sofort müssen Kommunen Umsatzsteuer zahlen – scheint ja nur konsequent vor dem Hintergrund, dass Kommunen ohnehin nichts anderes sind, als kleiner mittelgroße Unternehmen. Und auch das kostet Arbeitskraft und Arbeitszeit unserer städtischen Mitarbeiter, die für andere wichtige städtische Projekte gebraucht werden.
- Überhaupt gibt es zu viel dieser Drop-down Bürokratie, also von oben verursachte Bürokratie, die die Rathäuser mit sich selbst beschäftigen lässt. Ausschreibungen für kommunale Bauprojekte sind mittlerweile Zeitfresser ohne Ende und juristisches Glatteis, auf das sich nur Könner wagen dürfen, solche Leute braucht es erst mal und die brauchen dafür Zeit.
- Und dann schreien bei der Kleinsten Ungereimtheit die Bürger: die Stadt soll es richten. Ja bitte, was und wie und wo alles noch?

Gut – jetzt kann man meinen, dass die Stadt nur passiv ist, Gejagter, Reagierer. Das ist zum einen mit Sicherheit so. Zum anderen heißt es aber auch, sich innerhalb dieser Gegebenheiten zu bewegen und Lösungen zu finden, die das „Verbumbeteln“ von oben wieder ein klein bisschen wettmacht und das heißt, sehr genau hinzuschauen, bewusst zu entscheiden, wofür wir Gelder ausgeben, was „nice-to-have“ und was „absolut notwendig“ ist.

- Wohnen ist notwendig! Es ist richtig, dass die Stadt sich mit der SWG in ihren Dimensionen an einen kontrollierten und nicht Rendite gesteuerten Mietpreis wagt. Dazu gehören neben Neubauten vor allem der Erwerb und Sanierung von Bestandswohnungen sowie die

permanente Übertragung städtischer Immobilien. Und es braucht einen transparenten Mietpreisspiegel für Schwetzingen und eigentlich die ganze Region – den es immer noch nicht gibt.

- Bildung ist notwendig! Wenn sich das Land von Konzeption und adäquater Finanzierung von Schulen zurückzieht, ist das schändlich und verurteilungswürdig. Aber wenn die Kommune das vor Ort nicht auffängt, dann wird alles wieder auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Und dass hier etwas passieren MUSS, zeigen nicht zuletzt die ganzen Studien, in denen die Kinder immer tiefer in den Kompetenzmangel fallen. Für Schwetzingen heißt das konkret: endlich Anfangen mit Ganztagesgrundschulen, sowohl als Gebäude, als auch mit städtischem Personal, tendenziell nicht nur an einer Schule. Kein Knausern, wie hoch mögliche Landeszuschüsse sind – Achtung, Spoiler: sie werden zu niedrig sein! – Handeln! Bauen! Betreiben! – Leider sind hier im Haushalt nicht genug Mittel eingestellt. Und übrigens wird auch das wohl finanziell der größte Brocken die ~~nächsten~~<sup>nächste</sup> Jahre werden, wenn man es den gut machen will. Aktuell ist die Situation von Kernzeit, Hort in diesem Bereich noch lange nicht „gut“.
- Den Wohnungsbestand der Stadt erhöhen!!! An allen Stellen erhöhen, ~~nen Dänen, die hohen Baupreise zahlen?~~ Oder mal ein kurzfristig umsetzbares Wohnungsnotprojekt aufbauen: „Fair-mieten“ – also „fair“ – f-a-i-r – im Sinne von „gerecht“ mieten, bei dem die Kommune als Zwischenmieter leerstehende Wohnungen anmietet und als sicherer Partner Mietgarant gegenüber dem Besitzer bzw. Vermieter eintritt, damit die Wohnung günstiger und kontrolliert vermietet werden kann? Ideen gibt es ja.
- Und vor allem aber: MEHR PERSONAL. Wenn zu viele Mitarbeiter in der Verwaltung mit Kruschd der nicht gemachten Hausaufgaben des Landes sind, dann brauchen wir mehr. Regelmäßig wird sich im Gemeinderat gewundert und beschwert, dass Bau- oder



Sanierungsprojekte im Haushaltsjahr nicht durchgebracht werden.

- Die Grünen beschwerten sich, dass das Klimaschutzkonzept nicht in der Weise umgesetzt wird, wie es denn beschlossen wurde. Die Stadtspitze sagt: „Personalknappheit“.
- Die Freien Wähler mahnten dereinst eine Überprüfung der Bushaltestellen auf Behindertentauglichkeit an, die SPD hatte das ja unterstützt. Die Stadtspitze sagt: „Personalknappheit“.
- Die CDU wollte ein Gründerzentrum und ein Start-Up-Gewerbegebiet. Schon im Keim bei der Formulierung der Idee signalisierte die Stadtspitze: „Personalknappheit“.
- Die Grünen haben gefühlt tausend mehr oder weniger sinnvolle Ideen, wie man nachhaltiger werden kann. Die Stadtspitze sagt: „Personalknappheit“.
- Die SPD hatte vor 5 Jahren einen Antrag zur verkehrlichen Situation der Nordstadt eingebracht, der Gemeinderat beschlossen. Passiert ist Stückwerk. Zufahrt okay, beim Rest: „Personalknappheit“.
- Der Gemeinderat hat vor drei Jahren eine systematische Sanierung von Spielplätzen anberaumt, jedes Jahr einen Spielplatz sanieren. Bislang passiert. Nichts. Die Stadtspitze sagt: „Personalknappheit“.
- Der Jugendrat hat vor anderthalb Jahren Sofortmaßnahmen beschlossen in den Bereichen Verkehr, Aufenthaltsqualität, Sport. Bislang passiert. Nichts. Wohl auch wegen: „Personalknappheit“.

Komischerweise: Für eine Radbrücke ins Pfaudlerareal, die auch schon mit dem ein oder anderen Milliönchen zu Buche schlägt, ist wohl nicht nur Geld, sondern auch Personal da, für ein Projekt

dessen Zielgruppe noch nicht mal im Ansatz in die Häuser eingezogen ist, weil die Häuser noch nicht fertig sind. Und für ein Projekt, bei dem die Stadtspitze die nötigen Untersuchungen und Vorabunterlagen immer noch in den Schubladen hat, statt diese dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen.

Wenn hier in dieser Kommune nichts mehr geht; wenn kein Antrag aus der Initiative des Gemeinderates beschlossen werden kann, ohne dass die Verwaltung „mantra-artig“ die Hände hochstreckt und beichtet „Personalmangel“, dann brauchen wir hier heute gar nicht mehr weitermachen.

Noch nie ist die Stadtverwaltung bei einer Idee zur Personalmehrung in den letzten Jahren auf Ablehnung gestoßen – ganz im Gegenteil.

Aber wir müssen doch als Kommune wieder handelnd werden. Wir müssen uns doch darauf verlassen können, dass ein beschlossener Beschluss auch umgesetzt wird. Der Personalmangel wird leider auch ganz schnell zu einer Ausrede – und das seit nun bald zehn Jahren.

Wenn ich Personal brauche, muss ich alle Register ziehen. Ich brauche eine Personalstrategie. Wie arbeite ich mit Arbeitsagentur zusammen. Welche Kräfte sind auf dem Markt. Wo veröffentliche ich Stellen. Wie kann ich frisch Ausgebildete oder Dual-Studierte halten, ohne sie in einen lächerlichen Tarif-E-6 abzuschieben? Wie sieht den die Strategie aus? Sollen wir hierzu eine Notlagen-Gemeinderatsklausur abhalten – da würde sich doch niemand hier verschließen!

Nun sagt die Stadtverwaltung ganz oft: wir haben kein Personalproblem, wir sind doch normal oder gut ausgestattet. Woran liegt es denn dann?



Aber wir können doch nicht einfach nur weitermachen wie bisher und uns selbst bemitleiden, dass die Personalfuktuation so hoch ist und die Arbeit immer mehr wird.

Zumal ja das auch nicht stimmt. Die Stadt zieht sich ja immer mehr aus eigentlich öffentlichen Aufgaben zurück und überlässt den „Privaten“ das Feld. Genau: „Personalmangel“.

Die alte Hauptschule wird Privatschule, einfach ein paar Euro Subventionen dem Investor geben, passt schon. Im Bereich Ganztagesbetreuung überlässt man mittlerweile mit dem Drachenland auch den Kindergartenbereich den „Privaten“.

Im Baubereich doch auch: klar gibt es die SWG als städtische Baugenossenschaft, aber a) hätte man das 7 Jahre früher in die Wege leiten können und b) verlässt man sich doch insgeheim auf den Glamour und herbeigeredeteten Heiligenschein von Epples Pfaudlerareal.

Der Jugendbereich mit Go In und Streetworking soll auch outgesourct werden.

Der Staat zieht sich aus immer mehr Bereich<sup>en</sup> zurück, die eigentlich ihm gebühren, weil sie das Zusammenleben stärken und die Gesellschaft stützen.

Und die Stadt Schwetzingen geht diesen Trend seit Jahren mit.

Ja es gibt Probleme, die kommen von oben. Von Bund, von Land. Zu viel Bürokratie, zu viel wird nach unten weitergedrückt und die Verwaltungen hecheln unter der Last. Ja. das ist richtig.

Aber Nein, wir sind nicht nur Gejagte und Getriebene. Dann müssen wir uns eben besinnen, auf was es ankommt. Und jetzt stark polemisch: dann kommt es am Ende eben nicht drauf an, ob ich ein Vorzeigmuseum habe, sondern einfach darauf, ob im Rathaus der Laden im Hinblick auf unsere Aufgaben geseheit funktioniert und ich mich als Stadt eben nicht wegducken.

Wir brauchen mehr Personal – auch wenn das mehr Geld kostet.

...

Nun aber die Quintessenz dieses Ganzen? Wie stimmen wir ab?

Der Haushalt zeigt, da liegt vor allem strukturell viel im Argen, auch in der Bewältigung unserer Projekte im Bereich Personal. Aber rein handwerklich, juristisch und aufgrund seiner fachlichen Aufstellung seitens unserer Kämmerei ist diesem Haushalt eigentlich nichts zu unterstellen. Und das hier Dinge nicht so laufen, wie sie könnten, liegt dann primär nicht unbedingt am Haushalt, sondern an der Art und Weise wie man hier am Tisch – bzw. ob man hier am Tisch überhaupt Kommunalpolitik machen will.

Unsere Zustimmung möchte ich aber an einen Antrag verknüpfen: Wir wollen für alle gefassten Beschlüsse von 2022 deren Position mit Seite und Zeile im Haushalt 2023 nachgewiesen bekommen – wie gesagt, es ist ein Unding sich durch dieses Werk zu arbeiten und nicht zu wissen, wenn eine Position mehrfach mit verschiedenen Zahlen auftaucht, ob diese dann auch die richtige ist.

Antrag Klausursetzung Personal

